

Arbeiten in Deutschland

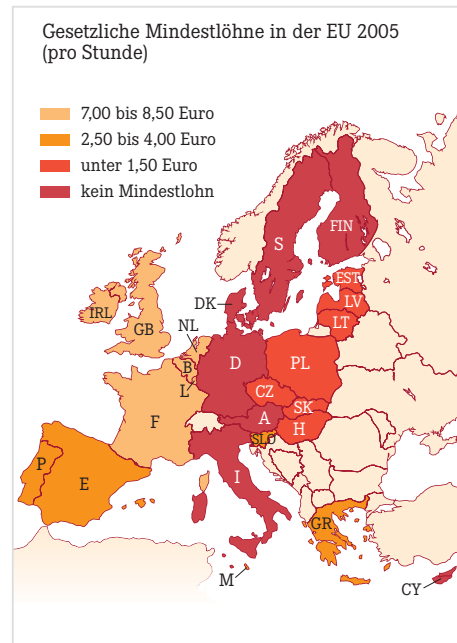
Monika hat eine Arbeit. Sie ist Wachfrau im Veranstaltungsdienst. Bei Konzerten kontrolliert sie die Eintrittskarten der Gäste und prüft, ob sie Feuerwerkskörper oder Flaschen mit ins Konzert nehmen wollen. Monika ist nicht auf Stundenbasis, sondern bei einer Thüringer Firma fest angestellt. Dafür bekommt sie 4,32 Euro je Stunde. Ihr Kollege Hannes ist bei einer schleswig-holsteinischen Firma angestellt und erhält 5,60 Euro je Stunde. Beide arbeiten bei Veranstaltungen in Berlin. Beide machen dieselbe Arbeit. Und sie bekommen ein unterschiedliches Gehalt.

Dienstleistungsrichtlinie

Jetzt ist ein neues Gesetz geplant. Was bisher schon zwischen den einzelnen Bundesländern ein Skandal war, soll im großen Maßstab in Europa eingeführt werden.

Entscheidend ist dann nicht mehr, ob man bei einer Thüringer oder Schleswig-Holsteiner Firma angestellt ist. Entscheidend ist dann, wo diese Firma ihren Sitz oder eine Filiale hat.

Firmen sollen die Möglichkeit bekommen, Briefkastenniederlassungen in jedem beliebigen Land Europas zu eröffnen – ohne Auflagen und Kontrollen. Alles richtet sich dann nicht mehr nach den Regelungen in Thüringen oder Schleswig-Holstein, sondern nach den Regelungen des Landes, in dem dann die Thüringer oder die Schleswig-Holsteiner Firma einen Briefkasten hat – in Großbritannien oder den Niederlanden, Portugal oder Polen. Alle Beschäftigten werden dann nach dem im so genannten Herkunftsland geltenden Tarif bezahlt.



Quelle: Eurostat, Berechnungen WSI 2005
© Hans-Böckler-Stiftung 2005

Verbot von Standards und Regeln!

Dieses Herkunftslandsprinzip gilt nicht nur für die Löhne. Genauso gilt es für Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz, soziale Standards, Steuern und Abgaben.

Ob der Gerüstbauer aus dem Nachbarland Sicherheitsstandards einhält, ob ein reisender Würstchenverkäufer eine Bratwurst voller Tierantibiotika verkauft, ob ein Pflegeheim vorübergehend Pflegekräfte ohne Ausbildung einsetzt – all dies würde nicht mehr in dem Land kontrolliert werden können, wo das Gerüst aufgebaut wird oder die Bratwurst verkauft wird. Entscheidend wären die Regelungen im Herkunftsland und die Kontrolle durch das Herkunftsland. Da die Richtlinie für fast alle Dienstleistungsbereiche gelten soll – vom Handel über Reparatur- und Wartungsbetriebe, Tourismus, Pflegedienste, Abwasser bis

zum Steuerberater – sind wir alle als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Verbraucherinnen und Verbraucher und als Bürgerinnen und Bürger betroffen. Das Ergebnis wäre ein europäischer Dienstleistungsmarkt ohne staatliche Regulierung!

Die Berichte über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in Schlachtereien und auf Baustellen wären dann kein Skandal mehr, sondern geltendes (Un-)Recht und flächendeckende Realität in Europa.

Geht's noch schlimmer?

Kein Problem meint die EU-Kommission. Ein paar Mindeststandards bleiben zwar noch übrig, wie der Mindestlohn (den es in Deutschland nicht gibt), der Mutterschutz oder der Mindesturlaub. Aber diese Vorschriften sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. Denn: Ein sogenanntes Entsendeunternehmen aus Lettland oder aus Portugal darf nicht mehr verpflichtet werden, sich ordentlich anzumelden, es muss keinen Vertreter mehr vor Ort benennen und auch keine Sozialversicherungsunterlagen mehr bereithalten. Wie und was dann noch kontrolliert werden kann, steht in den Sternen. Ganz zu schweigen vom Aufwand.



Was wären die Folgen?

Die Kanzlerin meint in der ZEIT vom 17. 11. 2005: Die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie sei »übertrieben.«

Stellen wir nüchtern fest, wie die Folgen aussehen würden:

■ Firmen würden sich dort niederlassen, wo sie am wenigsten Auflagen erfüllen und die niedrigsten Löhne gezahlt werden müssen.

Sie würden sich dort niederlassen, wo sie die niedrigsten Steuern und Abgaben zahlen.

■ 25 Rechtssysteme in Europa würden in Konkurrenz treten.

In allen Ländern würde der Wettlauf um die schlechtesten Arbeitsbedingungen und Standards, die niedrigsten Steuern und Auflagen für Unternehmen auf die Spitze getrieben. Viele Handwerker und die öffentliche Daseinsvorsorge würden auf der Strecke bleiben.

Tausende von Arbeitsplätzen würden verloren gehen oder durch Sklavenarbeit ersetzt werden. Die öffentlichen Kassen würden weiter ruiniert.

■ Die Verbraucherinnen und Verbraucher stünden vor einem Chaos. Was darf in einer bulgarischen Bratwurst eigentlich drin sein? Und was nicht? Keine Ahnung.

■ Und die Demokratie? Die europaweite Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs hat gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger wollen ihre Arbeitsbedingungen, die Qualität ihrer Dienstleistungen und ihre Rechte keiner Brüsseler Behörde und erst recht nicht dem »freien« Markt überlassen. Sie wollen ein soziales Europa, Arbeit von der man leben kann und Bratwürste, die man bedenkenlos essen kann.

Auf einer Großdemonstration in Brüssel protestieren im März 2005 auch französische Bauarbeiter von der kommunistischen Gewerkschaft CGT gegen die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union, die so genannte Bolkestein-Richtlinie
Foto: Stefan Mentschel

Bolkestein-Richtlinie

Die klare Antwort heißt:

Non! Nein! No!

Wir rufen auf:

Unterstützen Sie die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie. Üben Sie Druck auf Bundesregierung und Bundesrat aus, damit die Richtlinie im Rat der Europäischen Union auf Widerstand stößt. Fordern Sie Ihre Europaabgeordneten auf, bei der Abstimmung im Europäischen Parlament die Zustimmung zu verweigern. Beteiligen Sie sich an den Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen.



Was steht als nächstes an?

Jetzt gilt es aufzustehen und die Richtlinie zu stoppen. Dazu bleibt nicht mehr viel Zeit. Trotz des französischen und niederländischen Neins zur EU-Verfassung, trotz europaweiter Proteste und einstimmiger Kritik von NGOs, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Handwerksverbänden hat der Binnenmarktausschuss des europäischen Parlamentes die Richtlinie bestätigt. Die Bundesregierung fordert in ihrer Stellungnahme nur Änderungen in der Ausgestaltung des Herkunftslandsprinzips. Der designierte CSU-Staatssekretär Wuermeling greift die Sorge vieler um die Folgen als »unredliche Panikmache« an. Der SPD-Vorstand hat zwar die Europa-parlamentarier aufgerufen, gegen die Richtlinie zu stimmen, sagt aber nicht, dass die SPD in der Regierung die Richtlinie im Europäischen Rat stoppen wird.

Was setzt DIE LINKE. dagegen?

Alle europäischen Linksparteien in den 25 Ländern rufen auf, schnell und energisch dagegen zu handeln. Die europäische Linke im Parlament bleibt bei ihrem Nein. Sie wird sich mit einem Appell an Gewerkschaften, Verbände, soziale Bewegungen, Handwerker und Persönlichkeiten des politischen und sozialen Lebens der Mitgliedsländer wenden, die Linkspartei und WASG werden bis zur Abstimmung im Europäischen Parlament gemeinsam mit den Sozialen Bewegungen dezentral in der Bundesrepublik Informations- und Protestveranstaltungen durchführen und sich am zentralen Aktionstag in Straßburg beteiligen. Nach dem Europäischen Parlament sind wieder die Regierungen dran. DIE LINKE. im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für die Rücknahme der Dienstleistungsrichtlinie einzusetzen. Sie hat eine Große Anfrage an die Regierung eingebracht.

Unsere Forderungen

Wir fordern, dass die EU-Kommission die Richtlinie zurückzieht. Stattdessen brauchen wir in Europa verbindliche Standards und Regelungen auf hohem Niveau,

- die sich an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientieren,
- die die Solidarität unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterstützen
- und Unternehmen verbindlich in ihre soziale und ökologische Verantwortung einbinden.

Ein Unternehmen, dass in einem Mitgliedsland Dienstleistungen anbietet oder sich niederlässt, muss die sozialen, ökologischen und arbeitsrechtlichen Standards dieses Landes einhalten. Die öffentliche Daseinsvorsorge – also öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung, Bildung etc. – muss EU-weit vor weiterer Privatisierung und Deregulierung geschützt werden und aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen werden.

Kontakt: www.linksfraktion.de

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Ulla Lötzer
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030.22 77 85 41
E-Mail: ursula.loetzer@bundestag.de

Axel Troost
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030.22 77 12 86
E-Mail: axel.troost@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Hendrik Thalheim



Von Arbeit muss man leben können! Stoppt Bolkestein!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG